

DAS BUSGEWERBE IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

Eine Krise unbekanntes Ausmaßes

Seit Anfang März befindet sich das Land in einem Ausnahmezustand. Mit den ersten Corona-Erkrankungen in Europa trat eine akute Gefahr für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland auf. Zum Zwecke der Eindämmung wurde das öffentliche Leben in einen Ruhezustand versetzt, der weite Teile der Wirtschaft konkret bedroht. Das Busgewerbe zählt zweifellos zu den Branchen, die am stärksten betroffen sind. Der Bundesverband der Deutschen Omnibusunternehmer (bdo) und seine Landesverbände kämpfen seit Monaten für mehr Hilfen für ihre Mitglieder und einen bedrohten Wirtschaftszweig. Einen kleinen Ausschnitt aus den Bemühungen und Entwicklungen der letzten Monate wollen wir hier anreißen.

Die Bustouristik steht komplett still. Spätestens mit dem Inkrafttreten eines umfassenden Fahrverbots am 17. März wurde die der Busreiseverkehr auf null gestellt, nachdem bereits zuvor eine umfassende Stornierungswelle eingesetzt hatte. Auch der Fernlinienverkehr ist vollständig zum Erliegen gekommen. Und der ÖPNV verzeichnet ebenfalls dramatische Einnahmeverluste mit 70 bis 90 Prozent weniger Fahrgästen und gigantischen Einnahmeausfällen.

Mit jedem Tag stellen sich in dieser – bis vor Kurzem noch unvorstellbaren – Situation wieder und wieder Neuerungen ein. Ob Bund oder Länder. Ob ÖPNV oder Bustouristik. Ob Steuern, Kurzarbeitergeld, Kredite oder Stornokosten. Mit immer neuen Vorschlägen und Forderungen gehen der bdo und seine Landesverbände gegenüber der Politik auf die Bedürfnisse der Busunternehmen ein. Nicht alle notwendigen Hilfeleistungen zu Sicherung der bedrohten Un-



MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT SICHERN.
 BUSUNTERNEHMEN JETZT RETTEN.

Mit einem eigenen Aktions-Logo macht der bdo seit Beginn der Corona-Krise auf die Lage der Busunternehmen aufmerksam

ternehmen konnten bis Anfang Mai erreicht werden. Zu groß waren bis dahin die verschiedenen Forderungen aus allen Teilen der Wirtschaft, die auf die Bundesregierung einprasselten. Zahlreiche Erfolge konnten aber erzielt werden. Exemplarisch genannt seien hier der Ausbau des Kurzarbeitergelds, die vollständige Absicherung von Sofort-Krediten durch die KfW und der ermöglichte Verlustrücktrag, mit dem bereits geleistete steuerliche Vorauszahlungen wieder erstattet werden können.

Im Mitgliederbereich der bdo-Website wurde gleich zu Beginn der Pandemie eine eigene Rubrik zum Thema „Corona“ eingerichtet. Hier gab es im Stundenrhythmus neue wichtige Dokumente, die als Vorlagen genutzt werden konnten, praktische Tipps zur Nutzung gaben oder über juristische Zusammenhänge informierten. Zu den frei nutzbaren Unterlagen für Unternehmen zählten zunächst – als Fahrten noch möglich waren – die sogenannten Aussteigekarten. Es folgten zahlreiche Hinweise, etwa für den

Umgang mit Stornierungen, und Vorlagen. Auch ein Pandemieplan entstand und wurde den Unternehmen zur Verfügung gestellt. In Listen fanden Unternehmen jeweils für ihr Bundesland passende Zusammenstellungen für einen Überblick über bestehende Hilfeleistungen.

Klare Worte gegenüber der Politik gab es in zahlreichen Schreiben an die zuständigen Ministerien. In denen wurden entscheidende Sachfragen konzentriert adressiert und vorangetrieben. Vor allem die besondere Betroffenheit der Busbranche und das Fehlen einer klaren Perspektive für die Unternehmen waren hier Thema. Anfang Mai griffen bdo-Präsident Karl Hülsmann und Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zu einem außergewöhnlichen Mittel, da die Lage dies weiterhin erforderte. In einem offenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Olaf Scholz wurden die Sorgen direkt formuliert. Dies geschah verbunden mit dem Aufruf, jetzt dringend schnell zu handeln, bevor es zu spät ist.

Ein großes Echo erhielten die Initiativen in den Medien. Hier spiegelten sich die Positionen des Busgewerbes in zahlreichen Artikeln. Ein Grund dafür war die aktive Mitarbeit der Mitglieder. Mit bdo-Blitz-Umfragen konnten Zahlen zur dramatischen Lage der Branche generiert werden, die vielfach Eingang in die Berichterstattung fanden.

Viel Aufmerksamkeit und viel Zuspruch gab es. Die Position und die berechtigten Anliegen der Busunternehmen gingen durch die Medien. Auf Ebene der Politik formulierte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer Ende April im Deutschen Bundestag klar: Er kennt die Probleme der Busunternehmen und arbeitet an Lösungen. Bis Anfang Mai gab es nach dem anhaltenden Drängen auf direkte Hilfen, mit denen die Vorhaltekosten der Fahrzeuge für die Verbotszeit angemessen ausgeglichen werden, aber noch keine positive Rückmeldung.

INFO

Das Weekly Update informiert. Mitunter täglich.



Immer das Wichtigste aus der Branche erfahren – ob im Daily Update oder im Weekly Update des bdo

Bedeutung. Im Zuge der Corona-Krise wurde aufgrund der vielen kurzfristigen Entwicklungen das Weekly Update zum Daily Update. Teilweise täglich informierte der bdo über die Geschehnisse. Auch in Zukunft werden herausragende Nachrichten in dieser Weise übermittelt. Wer sich für das Wichtigste aus der Branche interessiert, kann das Weekly Update des bdo mit einer Mail an presse@bdo.org abonnieren. Wir bitten um Verständnis, dass einige darin angekündigte Unterlagen nur Verbandsmitgliedern zugänglich gemacht werden können.

Seit 2019 informiert der bdo im Wochenrhythmus mit seinem Weekly Update über die wesentlichen Neuigkeiten aus Politik und Wirtschaft mit Bezug zur Busbranche. Neben Berichten über aktuelle Termine sowie Auszüge aus wichtigen Presseberichten sind dabei oftmals auch frühzeitige Hinweise auf neue Fördermöglichkeiten von

BDO-UMFRAGEN ZUR LAGE DER UNTERNEHMEN

Zahlen zeigen die dramatische Lage der Busbranche

Belastbare Zahlen bilden die wichtigste Grundlage für ein Durchdringen in Politik und Medien. Aus diesem Grund hat der bdo Mitte März, Ende März und Mitte April jeweils sogenannte Blitzumfragen zur Lage in der Branche durchgeführt. Die Ergebnisse waren, wie nicht anders zu erwarten, ein Trauerspiel. Insbesondere die Unternehmerinnen und Unternehmer im Touristiksektor zeigten sich tief bedrückt und belastet vom kompletten Fahrverbot und den wirtschaftlichen Folgen. Dies zeigt der Blick auf die letzten Ergebnisse aus vom 23. April, die exklusiv von der dpa aufgenommen wurden.

85 Prozent der teilnehmenden Unternehmen gaben an, dass sie im Zuge der Corona-Krise bereits „starke“ wirtschaftliche beziehungsweise sogar „existenzbedrohende“ Folgen für Ihr Unternehmen spüren. Lediglich 15 Prozent sahen die Folgen nicht derart einschneidend. Die angespannte Lage ließ sich auf der Zeitachse besonders genau einordnen. Denn 24 Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie wirtschaftlich höchstens noch vier Wochen die derzeitige Lage durchhalten. Weitere 59 Prozent glaubten, es bis zu drei Monaten überstehen zu können. Für zwei Prozent gilt dies jedoch nur noch bis zu

sieben Tagen. Damit können insgesamt 85 Prozent der privaten Busunternehmen im Reisesektor die Situation nur noch bis zu drei Monaten wirtschaftlich durchhalten. Das Tragische: Diese Umfrage liegt bereits Wochen zurück. Viele Unternehmen werden es seitdem tatsächlich nicht geschafft haben, wenn diese Ausgabe der OMNIBUSREVUE zu lesen ist.

Zu den Ergebnissen sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard bei der Bekanntgabe: „Die Busbranche in Deutschland liegt am Boden. Uns erreichen täglich Nachrichten von Geschäftsaufgaben. Es zeichnet sich bereits sehr konkret eine weitreichende Pleitewelle ab. 85 Prozent der Unternehmen im Bustourismus melden bereits starke bzw. existenzbedrohende Folgen. 24 Prozent der Unternehmen können die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nur noch höchstens vier Wochen durchhalten. Im Namen der vielen akut vom Aus bedrohten mittelständischen Busbetriebe und deren Beschäftigten sagen wir: Die notwendigen Hilfen für die Busunternehmen müssen jetzt schnell kommen. Andernfalls ist es zu spät und wir erleben einen langfristigen Schaden für die umweltfreundliche Mobilität in Deutschland und den Wirtschaftsfaktor Tourismus.“



bdo-Präsident
 Karl Hülsmann in
 seinem offenen
 Brief an Bundes-
 kanzlerin Angela
 Merkel

» **Jeden Tag gehen Mitgliedsbetriebe durch das verhängte Reiseverbot und die fehlenden Soforthilfen in die unverschuldete Insolvenz. Die Zeit drängt** «

© bdo bdo-Präsident Karl Hülsmann in seinem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel

INFO

Mobilität und Wirtschaft sichern. Busunternehmen jetzt retten.

Es sind ernste, ja bestürzende Worte, mit denen im April eine Publikation des bdo eingeleitet werden musste: „Tausende mittelständische Busunternehmen stehen in Folge der Corona-Krise von einem Tag auf den anderen unverschuldet vor dem Aus. Hier kommen die Männer und Frauen zu Wort, die um die Zukunft der Mobilität in Deutschland kämpfen. Ein Hilferuf an die Politik.“



Gut 30 Stimmen von Unternehmerinnen und Unternehmern aus ganz Deutschland machten in einer bdo-Broschüre das Drama der Branche deutlich

Unzählige Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern hat der bdo seit Beginn der Corona-Krise geführt. Sie berichten von Traditionen, die vor mehreren Generationen begründet wurden. Zu hören war von der Wut und der Trauer, so ausgebremst zu werden. Gleichzeitig war auch der Tatendrang zu spüren, der die Branche auszeichnet. Ein Teil dieser vielen Rückmeldungen floss in eine Sonderpublikation ein, mit der gegenüber der Politik die dramatische Lage im Gewerbe verdeutlicht wurde. Die Broschüre und andere Veröffentlichungen des bdo finden Sie im Internet als kostenlosen Download unter

<https://www.bdo.org/publikationen>

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 - 3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 - 4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Christian Wahl
Redaktion Christian Wahl

IM EINSATZ FÜR DEN REISESEKTOR

Die Zukunft der Bustouristik sichern!

Fast alle Bereiche der Wirtschaft waren von der Corona-Krise zwischenzeitlich erfasst. Viele konnten aber ihre Geschäftstätigkeit nach einer kurzen Pause zumindest im eingeschränkten Umfang wieder fortsetzen. Anders die Bustouristik. Sie war als erste betroffen, blieb durchgängig vollständig unterbunden und steht aufgrund der Beschaffenheit des Geschäfts ohne wirksame Hilfen da. Diese besondere Lage spiegelt sich im Einsatz, den der bdo für die Rettung der Bustouristik betreibt. Neben direkten Informationen und Vorlagen für die Mitgliedsunternehmen standen dabei die Medienarbeit zum Thema und das unaufhörliche Drängen gegenüber der Politik im Vordergrund.

„**Deutschland, Europa und die Welt** erleben derzeit eine beispiellose Krise durch die Coronavirus-Pandemie. Diese Entwicklung betrifft alle wesentlichen Teile des öffentlichen Lebens in Deutschland und macht mitunter dramatische Veränderungen und Schritte notwendig. Der Personenverkehr und vor allem die Bustouristik sind durch die massiven Einschränkungen und die behördlichen Anordnungen seit dem 17. März 2020 komplett zum Erliegen gekommen.“

Mit diesen Worten beginnt eine Resolution des privaten Busgewerbes, die der bdo und seine Landesverbände am 22. April beschließen. Vorausgegangen war eine digital abgehaltene Sondersitzung des bdo-Fachausschusses für Touristik, in dem Eckpunkte für einen geeigneten Rettungsschirm festgehalten wurden. Drei ent-

scheidende Punkte wurden herausgearbeitet und an die Politik getragen.

Konkrete Perspektiven mit einer Exit-Strategie schaffen. So hieß es in der Resolution: „Ein zeitlicher Horizont, wann mit Lockerungen für die Reisebranche zu rechnen ist, ist unabdingbar. Die Reisebranche braucht eine gewisse Vorlaufzeit, um Reisen planen und Kunden dafür gewinnen zu können. Das geht nicht von heute auf morgen. Um ein Fortbestehen der Branche zu ermöglichen, braucht es sehr bald erste konkrete Perspektiven. Mit einer solchen Planbarkeit wäre es auch gut möglich, Hygienevorschriften im Bustourismus einzuhalten und damit für größtmögliche Sicherheit zu sorgen, wie es im Alltag bereits praktiziert wird.“

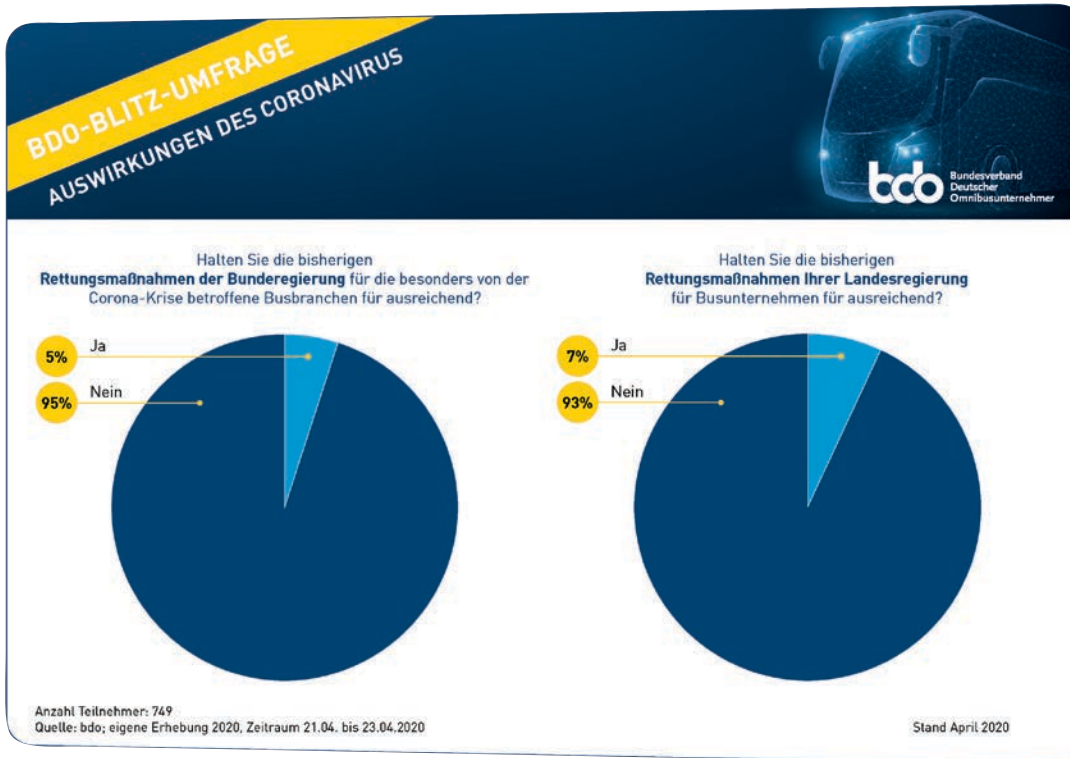
Unabdingbar: Finanzielle Soforthilfen. In der bdo-Resolution als Grundlage für die Branchenrettung heißt es dazu: „Rettungsschirme für die Wirtschaft müssen passgenau und weiter gespannt werden. Der Gesundheitsschutz muss selbstverständlich weiterhin oberste Priorität haben. Dies sollte aber mit fairen Chancen für alle Unternehmen verbunden sein. Es droht derzeit, dass einzelne Branchen aufgrund politischer Entscheidungen komplett untergehen, weil ihnen langfristig die Geschäftsgrundlage entzogen wird. Dringend müssen Soforthilfen für die besonders stark und langfristig betroffene Busreisebranche ausgeweitet werden. Dabei darf der Mittelstand nicht wie bislang außen vor gelassen werden.“

Wir benötigen dringend den Ersatz der Ausfallkosten für unsere Busse. Auf Basis der Vorhaltekostenliste der Branchen-Versicherer fordern wir eine Erstattung pro Verbotstag und Bus rückwirkend ab dem Reisebusverbot für jeden Einsatztag. Zusätzlich müssen die bereits getätigten enormen Vorleistungen für Reisekataloge, Werbeanzeigen usw., die aufgrund der ausgefallenen Saison nicht mehr durch Reisen refinanziert werden, ausgeglichen werden. Für die Zeit nach der Aufhebung der Corona-bedingten Einschränkungen müssen neue Werbemittel erarbeitet werden, die erneut eine hohe Vorleistung erfordern. Hierfür benötigen wir dringend eine finanzielle Unterstützung in Form einer Pauschale in Höhe der branchenüblichen Ausgaben, um den schrittweisen Hochlauf in der Touristik zu ermöglichen.“

Mehrwertsteuer fair senken. „Es ist jetzt wichtig, die richtigen Weichen für die Betriebe zu stellen, die nach der Corona-Krise dazu beitragen werden, Arbeitsplätze gerade in der Fläche zu sichern. Hier sitzen wir in einem Boot mit der Hotellerie und der Gastronomie, denn wir bringen die Gäste in die Gaststätten und die Hotels. Solange diese geschlossen sind, können auch wir nicht wieder durchstarten. Daher ist es auch für uns absolut sinnvoll, die Mehrwertsteuer auch bei umweltfreundlichen Busreisen auf sieben Prozent zu reduzieren, denn nur so können die Unternehmen bei einem vorsichtigen „Hochlauf“ in die Normalität die dringend benötigte Liquidität erhalten.“

Kein Stein wurde nicht umgedreht. Um die Busunternehmen zu retten wurde die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. Mit Berichten in allen entscheidenden Leitmedien wie Bild, Spiegel, Wirtschaftswoche, Handelsblatt, FAZ und vielen weiteren konnte das dramatische Schicksal der vergleichsweise kleinen Branche herausgestellt werden. Dutzende Briefe gingen nicht nur an Abgeordnete in Bundestag und Landesparlamenten, sondern auch an diverse Bundesministerien – bis hin zum offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Olaf Scholz. Der Ausgang ist zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe der OMNIBUSREVUE leider noch ungewiss. Klar ist schon jetzt: Die Folgen der Corona-Krise werden die Busunternehmen – und damit die Mobilität in Deutschland – noch sehr lange belasten. Mindestens.

Das Bild ist klar: Die Hilfen für Busunternehmen reichen nicht aus, um die Branche vor dem Aus zu bewahren



BDO-INITIATIVEN FÜR DEN ÖPNV

Ein Schutzschirm für den öffentlichen Nahverkehr mit Bussen

Nie wurde die systemrelevante Bedeutung des ÖPNV klarer: Mit Bussen und Bahnen im ÖPNV kamen Rettungskräfte und medizinisches Fachpersonal auch nach Ausbruch der Corona-Krise zur Arbeit. Die Verkehrsunternehmen wurden ihrer Verantwortung und ihrer besonderen Rolle mehr als gerecht. Und dass, obwohl es aufgrund von Schutzmaßnahmen für das Fahrpersonal und einem Nahezu-Stillstand des öffentlichen Lebens zu massiven Einnahmeausfällen kam. Der bdo kämpft fortlaufend dafür, dass Unternehmen dafür Unterstützung erhalten – und die Mobilität in Deutschland damit gesichert wird.

Die Corona-Krise stand am 13. März noch ganz am Anfang, als der bdo und seine Landesverbände bereits ein wegweisendes Grundlagenpapier zur Lage des ÖPNV in Deutschland formulierten. Denn auch wenn die Lage der Bustouristik-Unternehmen aufgrund des kompletten Einnahmeausfalls dramatisch ist, dürfen natürlich die Sorgen bezüglich des Nahverkehrs mit Bussen nicht vernachlässigt werden.

„Gesundheit, Mobilität und Wirtschaft sichern. Für heute, morgen und übermorgen.“ So lautete der Titel der Resolution des privaten Busgewerbes zum öffentlichen Personenverkehr im Zeichen der Corona-Ausbreitung in Deutschland, wie sie Mitte März 2020 beschlossen wurde.

Im Kern geht es darum, dass private Busunternehmen in ihrer herausgehobenen Rolle für die Daseinsvorsorge beim Aufrechterhalten des öffentlichen Verkehrs grundsätzlich Unterstützung bekommen müssen. Sie sind systemrelevant für das Leben in Deutschland. Daraus folgerten die Vertreter von bdo und Landesverbänden in der Resolution: „Wir fordern in dieser Ausnahmesituation daher:

- » Unternehmen brauchen EINEN Anlaufpunkt, der sie mit allen wichtigen Informationen versorgt. Bislang gibt es mitunter zeitversetzte oder auch widersprüchliche Aussagen, insbesondere vom Robert-Koch-Institut und dem Auswärtigen Amt.
- » Den Unternehmen im ÖPNV müssen Einnahmeausfälle ausgeglichen werden, wenn aus Gründen des Gesundheitsschutzes der Fahrkartenverkauf im Bus untersagt wird.
- » Auch Einnahmeausfälle durch behördliche Anordnungen müssen ausgeglichen werden. Dies muss gelten, wenn Verkehre gestrichen werden, bspw. wegen Schulschließungen.
- » Um Unternehmen vor den kurzzeitigen Auswirkungen einer Krise zu schützen, muss der gesamte wirtschafts- und finanzpolitische

Instrumentenkasten genutzt werden. Die Busbranche muss daher Soforthilfen, bspw. aus einem Nothilfefonds, erhalten.

- » Der Erhalt der Liquidität in den Betrieben durch Bürgschaften, Sofortkredite, Steuerstundungen und arbeitsmarktpolitische Hilfen ist unumgänglich.
- » Es muss sichergestellt werden, dass unsere Mitgliedsbetriebe nach Abflachen der Corona-Epidemie schnell wieder zu ihrer gewohnten Leistungsfähigkeit zurückfinden. Eine auch ökologisch längst überfällige Umsatzsteuerreduzierung auf sieben Prozent für alle Busverkehre ist zwingend erforderlich.“

Die privaten Busunternehmen sind systemrelevant. So lautet seitdem die klare Botschaft des bdo gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Die früh formulierte Resolution stellt dabei den Ausgangspunkt für die weiteren Initiativen des bdo für die ÖPNV-Rettung dar. Gemeinsam mit dem VDV wurde beispielsweise ein Papier erarbeitet, das auf einen umfassenden Rettungsschirm abzielte. Ein richtiger Ansatz, wie sich wenig später zeigte.

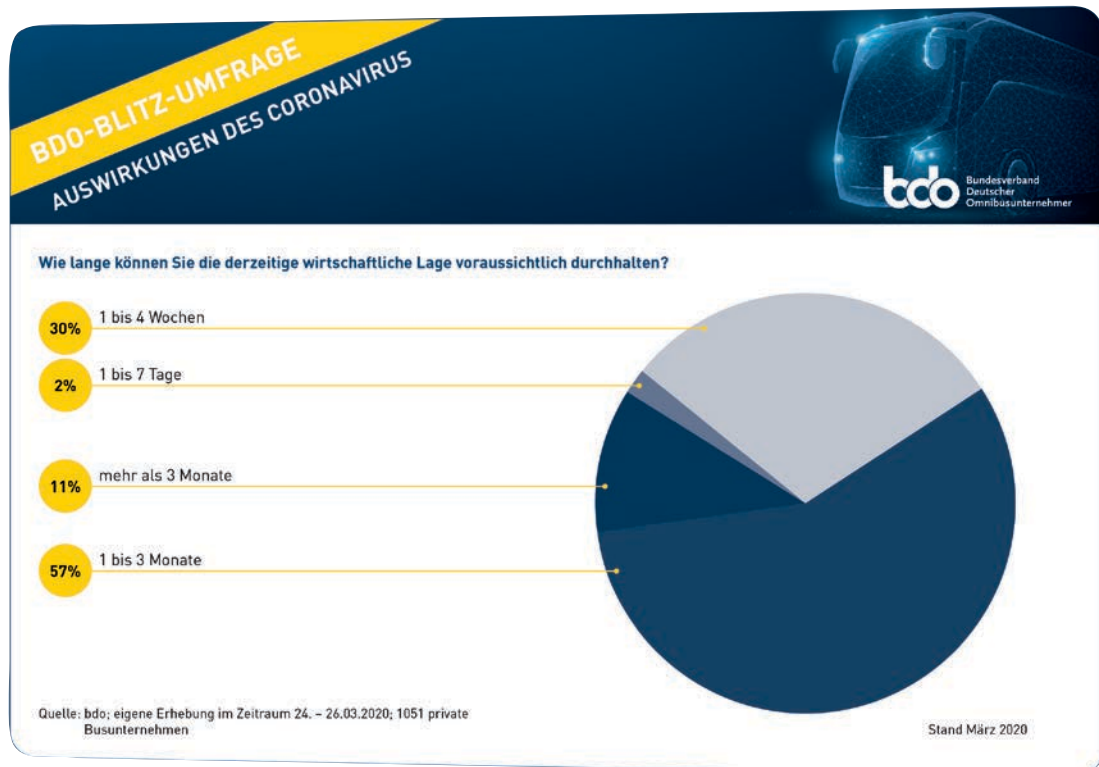
Die Diskussion nimmt Fahrt auf, nachdem im April auch die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer den Bedarf erkennen und gegenüber dem Bund eine Forderung nach einem ent-



» Es muss auch Hilfe geben für die große Zahl der Unternehmen, die weder Kleinbetrieb noch Großkonzern sind.«

Christiane Leonard, bdo-Hauptgeschäftsführerin

sprechenden Rettungsschirm für den ÖPNV rufen. Es geht dabei um die Zukunft der umweltfreundlichen Mobilität in Deutschland und die Sicherung der Beförderung für jedermann. Über das Ziel herrscht weitgehend Einigkeit, so scheint es. Der ÖPNV muss finanziell in dieser Sonderlage unterstützt werden. Nur die Verteilung der Kosten bereitet weiter – Stand Anfang Mai – Probleme. Das muss sich schnell ändern.



So düster sah die Lage im Busgewerbe bereits Ende März aus